

## **Zukunft Bremen 2035**

### **Handlungsfeld 4 - Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe - Türen öffnen, Diversität gestalten, Stärken nutzen**

#### **Wo stehen wir im Handlungsfeld?**

Bremen ist ein Land, in dem sich Menschen verschiedenster Kulturen und Religionen mit ganz unterschiedlichen Lebensformen, Sprachen und Gebräuchen begegnen. Das bereichert das Zusammenleben, erweitert Horizonte und macht Bremen zu einem bunten, freundlichen und weltoffenen Bundesland.

Migration ist in Bremen und Bremerhaven gesellschaftliche Normalität; in vielen Stadtteilen ist eine klassische Differenzierung zwischen „Aufnahmegesellschaft“ und der Bevölkerungsgruppe „Menschen mit Migrationshintergrund“ nicht mehr zeitgemäß. Vielmehr wird der Status „Migrationshintergrund“ in den urbanen Gesellschaften in Bremen und Bremerhaven in der Zukunft zum Standard und nicht zur Abweichung werden. Unsere Gesellschaft ist damit geprägt durch eine Herkunfts- und Erfahrungsvielfalt. Heterogenität, Widersprüchlichkeit, unterschiedliche Alltagskulturen und Mehrsprachigkeit sind mittlerweile elementare Bestandteile unserer urbanen Gesellschaft. Obwohl gesellschaftliche Vielfalt in Bremen und Bremerhaven in diesem Sinne seit langem gelebte Realität ist, sind die Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe ungleich verteilt: Die sozialräumliche Spaltung im Land Bremen nimmt zu, und Menschen, die von Sozialleistungen leben, konzentrieren sich zunehmend in wenigen Stadtteilen. Auch der Zugang zu Bildung, Ausbildung und auskömmlicher Beschäftigung sind ungleich auf die Bevölkerung verteilt. Menschen mit Migrationshintergrund sind besonders von prekärer Beschäftigung, ungleichen Bildungschancen und dem Ausschluss von sozialer und politischer Teilhabe betroffen.

#### **Wo wollen wir hin?**

Integrationspolitik muss vor diesem Hintergrund die gelebte gesellschaftliche Vielfalt anerkennen und auf die ökonomische, politische, rechtliche, soziale und kulturelle Teilhabe aller hier lebenden Menschen hinarbeiten. Der Blick darf dabei nicht nur auf die Gruppe der Neuzugewanderten gerichtet werden, sondern muss auch die Menschen wahrnehmen, die schon lange in Bremen und Bremerhaven leben – Migrant\*innen ebenso wie die sogenannte Mehrheitsgesellschaft. Integrationspolitik in diesem Sinne ist als Querschnittsaufgabe zu verstehen, die in alle Politikbereiche hineinwirkt. Die einzelnen Politikbereiche müssen die individuellen Lern- und Lebensbedingungen sowie Ressourcen und Kompetenzen von Menschen unterschiedlicher Herkunft stärker berücksichtigen. Das gilt auch für ihre kulturellen, sozialen und familiären Lebensumstände. Die Verbesserung der Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure ist ebenso von grundsätzlicher Bedeutung.

Wir wollen Chancengleichheit bei der zunehmenden Vielfalt erreichen. Wir wollen die Diversität der Bevölkerung anerkennen und für das Zusammenleben zum gemeinsamen Nutzen gestalten. Herkunft, Sprache, Geschlecht, Bildungsgrad, Erwerbstätigkeit oder Wohnsituation dürfen nicht ausschlaggebend sein für Teilhabe in unserer Gesellschaft. Dazu muss Bremen und Bremerhaven das Verständnis einer pluralistischen Gesellschaft leben lernen und entsprechende Strukturen ausbauen und entwickeln: Integration erfordert nicht nur Anstrengungen von Migrant\*innen, sondern auch die Öffnung von Strukturen und Regeldiensten sowie die Bereitschaft der Gesamtbevölkerung zum interkulturellen Dialog.

Es ist für die Zukunft des Landes Bremen von erheblicher Bedeutung, dass es gelingt, Integration zu gestalten. Deshalb braucht das Land Bremen perspektivisch eine offensive Teilhabe- und Integrationspolitik, die mit verlässlichen und langfristigen Finanzierungsinstrumenten ausgestattet ist. Dabei wollen wir uns auf die folgenden wesentlichen Teilziele konzentrieren:

## **Mit welchen Maßnahmen kommen wir dorthin?**

**Bremen und Bremerhaven 2015 - Teilziel 1:** Die offensive Integrationspolitik hat zu umfassender Teilhabe aller im Land Bremen lebenden Bevölkerungsgruppen beigetragen.

### ***Soziale Teilhabe und gesellschaftlicher Zusammenhalt***

- Förderung des Spracherwerbs von Neuzugewanderten durch gezielte Sprachprogramme für Geflüchtete ohne Zugang zu den Integrationskursen des Bundes, sowie zielgruppenspezifische Sprach- und Integrationsangebote für Frauen und die professionalisierte Begleitung von Sprachcafés.
- Entwicklung von Selbsthilfestrukturen und Stärkung des Potenzials von Migrant\*innenorganisationen als Motor der Integration; Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund.
- Beratung und Orientierung für Migrant\*innen durch die kontinuierliche Förderung der Migrationsberatungsstellen und die Weiterentwicklung und verbindliche Förderung der Internetplattform „Welcome to Bremen“.
- Ausbau von Begegnungsmöglichkeiten in den Quartieren, unter anderem durch die Einführung multifunktionaler Bildungszentren und die Förderung von Tandem- und Mentorenschaften.
- Ausbau zielgruppenspezifischer Maßnahmen und Projekte für ältere Migrant\*innen.
- Sport- und Bewegungsangebote der Sportvereine und Verbände als wichtiger Bestandteil der Integration.
- Schaffung eines günstigen und differenzierten Wohnraumangebots.
- Einführung einer stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung für Menschen mit Duldung.
- Stärkung des Rechts auf Familiennachzug durch bundespolitisches Engagement des Landes Bremen.
- Ausbau und Verstetigung der psychosozialen Versorgung insbesondere von Geflüchteten.
- Weiterentwicklung der Formate „Integrationswoche“ und „Tag der Integration“.
- Weiterentwicklung und regelmäßige Durchführung der Bremerhavener Integrationskonferenz.
- Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Migrant\*innen, die Dienstleistungen im Sinne eines Welcome Centers bündelt und Ansprechpartner für migrationspezifische Anliegen in Bremen und Bremerhaven ist.

### ***Interkulturelle Öffnung der bremischen Verwaltung***

- Ausbau des Anteils von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der bremischen öffentlichen Verwaltung, dazu Fortsetzung der Ausbildungskampagne „Du bist der Schlüssel“ sowie des EQ-Programms „Zukunftschance Ausbildung“.

- Konsequente und verbindliche Umsetzung von Diversity- und Antidiskriminierungsstrategien in der Bremischen öffentlichen Verwaltung.
- Durchführung verbindlicher interkultureller Schulungen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst.
- Unbürokratische Bereitstellung von Sprachmittlungen/Dolmetscherdienste im Gesundheitswesen und allen Behörden mit Kundenkontakt.
- Unbefristete Einstellung von „Integrationsbeauftragten“ in Bereichen mit viel Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund.

### ***Wirksame Strukturen gegen Diskriminierung auf Landesebene***

- Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes zum Schutz vor Diskriminierung in landesrechtlich geregelten Bereichen des öffentlichen Lebens.
- Einrichtung einer zentralen und unabhängigen Anlaufstelle gegen Diskriminierung, die eine Erst- und Verweisberatung besonders in Fällen von Mehrfachdiskriminierung leisten kann und die Öffentlichkeitsarbeit gegen Xenophobie, Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus wahrnimmt.
- Ein flächendeckendes Angebot an Diskriminierungsberatungsstellen mit ausreichender personeller und finanzieller Ausstattung.

### ***Förderung der politischen Mitgestaltung von Bremer\*innen mit Migrationshintergrund***

- Erleichterte Einbürgerungsmöglichkeiten auf Bundesebene durchsetzen.
- Einführung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatenangehörige.
- Strukturelle Förderung außerschulischer Bildungsträger und -angebote zur Stärkung zielgruppenspezifischer Programme der politischen Bildung und des außerschulischen Lernens.
- Förderung der Begegnung und von Jugendprojekten im Sinne eines Empowerments zur politischen Beteiligung
- Stärkung und Weiterentwicklung des Bremer Rats für Integration als zentrales Gremium zur Mitgestaltung von politischen Prozessen durch Migrant\*innen in Bremen.

**Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 2:** Zu erfolgreichen Bildungswegen von Kindern mit Migrationshintergrund haben insbesondere die vielfältigen Angebote zum Spracherwerb und zur Alphabetisierung auf den verschiedenen Ebenen (Kita, Schule, Ausbildung) sowie die verstärkte Berücksichtigung mehrsprachiger Kompetenzen beigetragen.

- Ausbau des sprachsensiblen Fachunterrichts in beiden Phasen der Lehrerbildung.
- Im Bereich Schule müssen nachholende Schulabschlüsse ermöglicht und ein sprachsensibler Fachunterricht in Berufsschulen etabliert werden. Dies gilt auch für Angebote der Erwachsenenschule.

- Befähigung des pädagogischen Personals zur sprach- und kulturunabhängigen Lernpotenzialerkennung und -förderung sowie Ausstattung der Schulen mit entsprechenden Diagnostika und entsprechenden Sprachförderressourcen.
- Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen zur Stärkung der Elternarbeit.
- Verpflichtende Fortbildungen zum Thema Interkulturelle Kompetenz als Thema innerhalb der Lehreraus- und -fortbildung fest verankern.
- Antirassismus als Teil des Curriculums im Unterricht an Schulen verankern.
- Stärkung von Mehrsprachigkeit durch gezielte Förderung von herkunftssprachlichen Kompetenzen im Rahmen von AG-Angeboten sowie Stärkung der Fremdsprachenkompetenz bei monolingual aufwachsenden Kindern (zum Beispiel Englisch in der frühkindlichen Erziehung).

**Bremen und Bremerhaven 2035 – Teilziel 3:** Durch gemeinsam getragene Integrationsmaßnahmen im Arbeitsmarkt sowie die Berücksichtigung von Kompetenzen und Bildungsabschlüssen von Geflüchteten und Zugewanderten hat eine nachhaltige Integration von Migrant\*innen den Bremer Arbeitsmarkt stattgefunden.

- Etablierung eines neuen ESF-Programms für Personen mit Migrations- oder Fluchthintergrund im Rahmen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP). Insbesondere junge Geflüchtete beziehungsweise Schulabgänger\*innen mit Fluchthintergrund müssen gezielt durch ausbildungsvorbereitende Maßnahmen und entsprechende aufenthaltsrechtliche Regelungen unterstützt werden.
- Verbesserte Vernetzung und Verknüpfung der einzelnen Angebote für Migrant\*innen und Geflüchtete im Land Bremen insbesondere in den Bereichen Qualifizierung und Sprachförderung.
- Unterstützung von Betrieben, die Geflüchtete als Angestellte oder Auszubildende aufnehmen (zum Beispiel mittels Anreizsystemen oder unterstützenden Koordinierungsangeboten).
- Bereitstellung von ausreichendem und qualifiziertem Personal zur individuellen und kompetenzorientierten Betreuung, Förderung und Vermittlung von Geflüchteten in den zuständigen Institutionen (zum Beispiel Jobcenter, Agentur für Arbeit...).
- Berufsintegrierende Sprach- und Bildungsangebote zum Erwerb von Deutsch, Fachkompetenz und Berufssprache, sowie bei Bedarf Alphabetisierungsmaßnahmen, in Verbindung mit Kinderbetreuung während der entsprechenden Angebote.
- Verstetigung von Beratungs- und Vermittlungsangeboten für Menschen mit Flucht- und/oder Migrationshintergrund wie „Willkommenslotsen“ oder „Ausbildungsbüro“, um die dauerhafte Unterstützung bei der Vermittlung in Praktikum, EQ oder Ausbildung zu gewährleisten.
- Erweiterung der Integrationsangebote für geflüchtete Frauen und Frauen mit Migrationshintergrund; zum Beispiel durch gezielte Nachqualifizierungsangebote inklusive Kinderbetreuung.

- Effizientere und niedrigschwellige Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufs- und Schulabschlüsse sowie Ausbau der entsprechenden Beratungsstrukturen in Bremen.